

Außerordentlicher Gewerkschaftstag der GEW: Bildungszuweisungen gerechter gestalten!



Foto: GEW

(E&Wplus) „Bildung. Weiter denken!“ lautete das Motto des außerordentlichen Gewerkschaftstages der GEW, der vom 21. bis 24. Juni 2022 in Leipzig stattfand. Er folgte auf den 29. ordentlichen Gewerkschaftstag 2021. Der Gewerkschaftstag ist das höchste Beschlussgremium der GEW und bestimmt die Ziele unserer Arbeit. 432 Delegierte legten die Position der GEW zu bildungs- und tarifpolitischen Themen fest. Nachstehend dokumentieren wir das Wichtigste.

„Die GEW nach der Wende: Eine Erfolgsgeschichte“ – Als vor fast 33 Jahren die Mauer fiel, veränderte dies nicht nur Deutschland und Europa, sondern auch die GEW. Auf dem Gewerkschaftstag diskutierten Historiker, Zeitzeuginnen und -zeugen über den Einheits- und Transformationsprozess nach 1990.

„Ein anrühiges Jubiläum“ – Richtig und wichtig findet Heribert Prantl, Kolumnist und Autor der Süddeutschen Zeitung (SZ), den kritischen Blick auf 50 Jahre Radikalenerlass und Berufsverbote.

„Deutlich mehr Kinder aus der Armut holen“ – Mehr Qualität, mehr Geld, mehr Stellen und Betreuungsplätze – noch in dieser Legislaturperiode soll es laut Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) in der Kinderbetreuung deutliche Verbesserungen geben. →

Anja Hegenbarth: Mit Trommelwirbel wurden die über 400 Delegierten am 21. Juni lautstark zur Eröffnungsveranstaltung in der Messehalle begrüßt. An den darauffolgenden Tagen standen Diskussionen und Beschlüsse auf der Tagesordnung, um neue Impulse und Schwerpunkte in der Bildungspolitik zu setzen.

Ein wichtiger Punkt war unter anderem die Diskussion zur Arbeitszeit. Die längst überfällige Umsetzung des Urteils des EuGH zur zeitlichen Erfassung der Arbeitszeit ist eine wichtige Forderung. Die von der GEW beauftragten Studien zur Lehrkräftearbeitszeit haben empirisch belegt, dass bei den heute geltenden Deputaten von Vollzeitbeschäftigten und der Vielzahl der zusätzlich aufgebürdeten Anforderungen zu wenig Zeit für die Unterrichtsvorbereitung bleibt. Die GEW bekräftigt ihre Forderung, in allen Bundesländern die von den Lehrkräften geforderten wöchentlichen Unterrichtsstunden herabzusetzen. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle Lehrkräfte ihren Unterricht in einer ihren hohen pädagogischen Ansprüchen genügenden Qualität vor- und nachbereiten können.

Der zukunftsweisende Antrag „Für eine Schule für alle vor Ort“ fordert die Umsetzung der inklusiven und wurde von den Bundesfachgruppen Sonderpädagogische Berufe und Grundschulen →

➔ **„Bildungszuweisungen gerechter gestalten“ – Die GEW hat auf dem Gewerkschaftstag beschlossen, sich dafür einzusetzen, den „Königsteiner Schlüssel“ durch einen neuen, gerecht ausgestalteten sozialindizierten Verteilungsschlüssel von Bundesgeldern zu ersetzen.**

„Reform der Reform“ gefordert – Die GEW treibt die Weiterentwicklung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes zu einem sogenannten Wissenschaftsentfristungsgesetz mit großer Vehemenz voran. Rückendeckung gab es jetzt auch vom Gewerkschaftstag.

„Schulsozialarbeit gesetzlich verankern“ – Bund und Länder sollen künftig per Gesetz festschreiben, dass Kinder und Jugendliche das Recht auf verlässliche sozialpädagogische und sozialarbeiterische Begleitung und Unterstützung in der Schule haben.

„Datenschutz und Cloud-Systeme in der Bildung“ – Die Delegierten erneuerten ihre Anforderungen an den Datenschutz beim Einsatz von Cloud-Systemen im Bildungsbereich.

„Solidarität mit den Streikenden der GEW Berlin“ – Zum Abschluss des Gewerkschaftstages solidarisierten sich alle Delegierten mit dem Vorhaben der GEW Berlin, für einen Tarifvertrag Gesundheitsschutz zu streiken.

➔ eingebracht. Nach einigen Diskussionsdebatten wurde er mehrheitlich angenommen.

Entspannung nach dem Tagungsmarathon brachte uns der Länderabend in der Moritzbastei. Die unterirdischen Gänge und Gewölbe boten eine tolle Kulisse, um in geselliger Runde Erfahrungen auszutauschen. Mit musikalischer Unterhaltung und einer Feuershow war es ein gelungener, runder Abend.

Petra Hoff: Ich bin seit 2010 Kreisvorsitzende in Frankfurt (Oder). Für mich hätte es schon einmal die Möglichkeit gegeben, an einem Bundesgewerkschaftstag teilzunehmen, damals hatte ich aber meinen Platz einem anderen Kreisverband zur Verfügung gestellt. 2021 bekam ich wieder die Chance und dachte mir, einmal in meinem Gewerkschaftsleben muss man solch einen Höhepunkt erleben. Leider gab es auf Grund der Pandemiesituation „nur“ eine virtuelle Konferenz.

Die Fülle der vorbereiteten Anträge war schon ein Kraftakt. Ich habe mich auf Anträge konzentriert, die auch meine Aufgabe als Fachgruppenleiterin der SEK I betreffen. Diese Anträge waren inhaltlich sehr spannend. Ich musste feststellen, dass man die Themen natürlich viel breiter und vielschichtiger im Kontext unseres Landes betrachten musste. Dabei spielte auch die Förderalität hier in Deutschland eine Rolle.

Im Juni 2022 wurde der Gewerkschaftstag als Präsenzveranstaltung in Leipzig fortgeführt. Über 400 Vertreter der GEW versammelten sich in Leipzig, um die weiteren Anträge zu beraten und zu beschließen.

Am 23. Juni wurde ein Antrag zur Arbeitszeit sehr kontrovers und lebhaft diskutiert. Dazu gab es auch einige Änderungsanträge. Eine Arbeitszeiterfassung bei Lehrkräften finde ich persönlich sehr schwierig. Neben den Pflichtstunden, die jede Lehrkraft absolvieren muss, gehören noch viele andere Tätigkeiten und Aufgaben zum Arbeitsumfang. Wichtig für alle im Sitzungssaal war, dass die Besonderheiten der pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeit berücksichtigt werden. Die Antragskommission hat eine gute und solide Grundlage für die Abstimmung gegeben.

Es waren anstrengende Tage, aber die gemeinsamen Gespräche beim Frühstück, zwischendurch in den Pausen und am Abend brachten eine schöne und interessante Abwechslung.

Heike Trostmann: Die GEW-Vorsitzende Maïke Finne sprach in ihrer Rede zur Eröffnung des Gewerkschaftstages von zahlreichen Problemen in der Schule; sie nannte die maroden Schulgebäude, die ungenügende Vorbereitung der Schulen auf COVID 19 im dritten Pandemiejahr und hob die Überlastung von 92 Prozent der Kolleg*innen hervor.

Die Delegierten des Gewerkschaftstages richteten ihren Blick aber auch auf die widrigen Lebensumstände von Kindern in anderen Ländern. Spontan spendeten die Anwesenden für die GEW-Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“ 1.250 €. Die gegen Kinderarbeit gerichteten Projekte klären Pädagog*innen im Land über die Auswirkungen von Kinderarbeit auf. Denn während der letzten vier Jahre stieg die Zahl der Kinder, die zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitrugen, um 8,4 Millionen auf 160 Millionen, vor allem durch die Auswirkungen der COVID 19-Pandemie. Deshalb ist es wichtig, Maßnahmen zu unterstützen, die den Kindern einen Schulbesuch ermöglichen.

Sabine Henze: Der Gewerkschaftstag hat viele wichtige Beschlüsse gefasst, ich begrüße besonders diese drei:

1. Kein Reförmchen, sondern eine Reform der Ausbildungsvergütung! Vor dem Hintergrund des allgegenwärtigen Fachkräftemangels ist es mehr als wichtig und dringlich, auch unseren zukünftigen Erzieher*innen eine Ausbildungsvergütung zu gewähren. Das entlastet alle! Quereinsteiger*innen bekommen zwar nur ein kleines Gehalt, aber sie bekommen immerhin etwas. Nun braucht es konsequentes Tempo, um unseren zukünftigen Kolleginnen und Kollegen die Ausbildung zu vergüten.
2. „Inklusionsbegleiter“ – ein wichtiger Antrag zur Beachtung von multiprofessionellen Teams! Allerdings gab es hierzu keinen Beschluss, weil die Vielfalt der Umsetzung in den einzelnen Bundesländern erst einmal erfasst werden muss. Wieder ein Beispiel dafür, dass föderale Strukturen nicht immer hilfreich sind! Wir als Landesfachgruppe sozialpädagogische Berufe bleiben aber dran!
3. „Gesetzliche Verankerung der Schulsozialarbeit“ Die GEW setzt sich dafür ein, die Schulsozialarbeit endlich gesetzlich zu verankern. Das heißt im Klartext: Schulsozialarbeit gehört in das Schulgesetz des Landes Brandenburg! Festschreiben ist ein fester Schlüssel, die Qualifikation und die Vergütung. Die gefühlte Beliebigkeit zum Einsatz von Schulsozialarbeit, auch unter Umständen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, muss ein Ende haben!

Hannelore Franek: Als neue Vorsitzende des Landesseniorenausschusses wie auch als Mitglied im Bundesseniorenausschuss liegt mir natürlich die Seniorenpolitik sehr am Herzen:

1. Der Antrag „Souveränität älterer Menschen in der digitalen Welt“ – eingereicht vom Bundesseniorenausschuss – wurde angenommen. Damit tritt die GEW bundesweit für das Recht älterer Menschen auf selbstbestimmte soziale und politische Teilhabe im Rahmen der Digitalisierung ein. Die GEW richtet einen Appell an Träger von Fortbildungsveranstaltungen, ältere Menschen den Umgang mit digitalen Medien zu ermöglichen und einen barrierefreien Zugang zu sichern. Die GEW verstärkt aber auch eigene Bildungsveranstaltungen zur Qualifizierung älterer Menschen und fordert die Einhaltung des Datenschutzes.
2. Auch der Dringlichkeitsantrag „Entlastungspaket für Energiepreispauschale auch für Rentner und Rentnerinnen und Studierende“ fand seine Mehrheit, denn die alltägliche finanzielle Mehrbelastung geht nicht an diesem Personenkreis, der mit dem bestehenden Entlastungspaket bisher aber unberücksichtigt bleibt, vorbei.